

Sich kümmern, kann sich lohnen



Beschädigung – nach Austausch zweier Zaunfelder Anfang 2014.

Foto _ Dagmar Coordts

Eigentlich könnten Sie sich über ihr Haus im Grünen und das schöne große Grundstück freuen – wenn nicht der Verkehrslärm stören würde. Es geht um die Kreisstraße 80 in Glinde, um unser Mitglied Dagmar Coordts und einen zähen Kampf gegen eine unangemessene Benachteiligung von Grundeigentümern. Wie konnte es dazu kommen? Das schreibt Dagmar Coordts in einem Beitrag, den sie der Redaktion zusandte.

1975, als die Grundstücke im Bereich des B-Plans 25 in Glinde verkauft wurden, gab es die Kreisstraße noch nicht. Die meisten Käufer erfuhren erst kurz vor der notariellen Beurkundung von dem geplanten Bau der Straße. Sie waren damit nicht einverstanden, ließen sich jedoch beruhigen, denn schließlich war im B-Plan ein Lärmschutzwand festgesetzt. Auch mussten sie sich in den Kaufverträgen zu einem Verkauf von Grundstücksanteilen für die Erstellung eines Lärmschutzwalls verpflichten. Deshalb haben sie sich darauf verlassen, dass sie später tatsächlich ausreichend vor Verkehrslärm geschützt werden würden.

Es kam aber ganz anders. Die Straße wurde einige Jahre danach tatsächlich gebaut. Ein Kauf von Grundstücksanteilen war jedoch nicht mehr erwünscht, deshalb hat die Stadt Glinde auf Drängen der Anwohner mit dem Baulastträger Kreis Stormarn einen Vertrag geschlossen und den Bau einer Lärmschutzwand vereinbart. Die Kosten dafür haben Glinde und der Kreis übernommen. Wieder waren die Anwohner beruhigt und haben auf die lärmschützende Wirkung der 1982 gebauten Wand vertraut.

In den folgenden Jahrzehnten wurde jedoch klar, dass es damit nicht weit her war. Durch die Anbindung der K80 an die A24, Grenzöffnung, Ausweisung neuer Gewerbe- und Wohngebiete und schließlich Verlängerung bis zur A1 (Höfner) gab es immer mehr Verkehr, und es wurde immer lauter. Die An-

wohner haben sich ständig um besseren Lärmschutz bemüht, wurden allerdings immer mit Hinweis auf die vorhandene funktionsfähige Lärmschutzwand abgewiesen. Im Jahr 2009 gab es erstmals realistische Aussicht auf Erhöhung der vorhandenen Lärmschutzwand und damit Verbesserung der Lage. Im Rahmen des Konjunkturpaketes II der Bundesregierung hätte die Kommune Mittel für Lärmschutz beim Kreis Stormarn beantragen können und nur einen Eigenanteil von rund 200 000,- € übernehmen müssen. Auf einer Bauausschuss-Sitzung im Mai 2009 wurde dagegen gestimmt, diese Gelegenheit wurde also verpasst. Darüber waren die anwesenden Eigentümer so erbost, dass sie gleich nach der Sitzung die „Bürgerinitiative Lärmschutz K80“ gegründet haben.

Seitdem, d. h. seit nun sechs Jahren, bemüht man sich darum, dass die Hinweise ernst genommen werden. Nach vielen Schwierigkeiten und mehrmaliger Einschaltung des Datenschutzzentrums hat man schließlich erreicht, dass Unterlagen zum damaligen Bau der Lärmschutzwand ausgehändigt wurden. Nach zähen Verhandlungen wurden endlich mehrere Gutachten von der Stadt in Auftrag gegeben. Dabei kamen erstaunliche Dinge ans Tageslicht:

Der B-Plan 25 ist wegen eines Verfahrensfehlers vermutlich ungültig; die Festsetzung im B-Plan über eine Fläche für einen Lärmschutzwand ist nur eine Angebotsplanung, d. h. unverbindlich. Die damalige Gemeinde Glinde hat bei Auslegung der straßenrechtlichen Planung für den Bau der K80 zwar fristgemäß ihre Einwendung vorgebracht, dass das Wohngebiet vom Träger der Straßenbaulast (= Kreis Stormarn) vor Straßenlärm geschützt werden muss, das weitere Vorgehen der Planfeststellungsbehörde hat sie aber nicht im Auge behalten. Der Planfeststellungsbeschluss ist damals rechtswidrig ergangen, soll aber heute wegen Ver-

jähung nicht mehr angefochten werden können. Lärmschutz wäre lt. Auskunft des Juristen bei rechtzeitiger Anfechtung durchsetzbar gewesen! Auch wurde der Lärmschutzzaun deutlich niedriger gebaut als im Vertrag zwischen Glinde und Kreis vereinbart, weist viele zerbrochene Platten und undichte Anschlüsse aus und hat keine nachgewiesene schallmindernde Wirkung.

Die Bürgerinitiative hat in den vergangenen Jahren regelmäßig die Presse über die aktuellen Entwicklungen informiert, die Fraktionen und Ausschussmitglieder mit Hintergrundinformationen versorgt und sich aktiv an den Bauausschuss-Sitzungen beteiligt, wenn es um das Thema Lärmschutz ging. Auch wurde darum gebeten, keine voreiligen Entscheidungen zu treffen, solange noch nicht alle relevanten Informationen vorliegen. Denn jetzt soll es auf einmal ganz schnell gehen. Für die vergangene Sitzung am 23. April 2015 hat die Verwaltung eine Vorlage formuliert, nach der jetzt der Bau einer neuen höheren Lärmschutzwand beschlossen werden sollte. Das ist grundsätzlich eine positive Entwicklung. Aber da die Stadt Glinde keine rechtliche Verpflichtung für sich sieht, die Baukosten zu übernehmen, will sie Beitragskosten von teilweise weit mehr als 100 000,- € pro Partei auf die Anwohner abwälzen. Die Bedenken der Bürgerinitiative gegen eine Beschlussfassung zum jetzigen Zeitpunkt haben die Ausschuss-Mitglieder wohl überzeugt, denn sie haben Vertagung beantragt und weitere Informationen angefordert. Bleibt zu hoffen, dass sich dann größere Einsichten breit machen.

Dagmar Coordts

Norddeutsche
Hausbesitzer Zeitung
19.05.15